

Wahlprüfsteine für die Wahl zum Abgeordnetenhaus Berlin am 20.09.2026

Sehr geehrte Vorsitzende der im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien,

am 20. September 2026 findet die Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin statt. Vor der Wahl möchten wir den Wählerinnen und Wählern, den in Bibliotheken Beschäftigten, den Förder*innen und Partner*innen der Bibliotheken sowie unseren im Deutschen Bibliotheksverband e.V. (dbv) organisierten Mitgliedern eine Orientierung ermöglichen.

Zu diesem Zweck hat der Landesverband Berlin des dbv in Abstimmung mit der Landesgruppe Berlin des BIB und dem VDB-Regionalverband Berlin-Brandenburg-Mecklenburg-Vorpommern Wahlprüfsteine definiert und sendet diese hiermit an Sie, um Ihre Positionen, Konzepte und Zielvorstellungen zu verschiedenen Aspekten und Entwicklungen der Berliner Bibliotheken zu erfahren.

Rechtliche Absicherung der Berliner Bibliotheken

Zwei Drittel aller Länder der EU verfügen über Bibliotheksgesetze. Bibliotheksgesetze sind konkreter Ausdruck des politischen Willens eines Landes, Bibliotheken zu fördern. Eine vom Deutschen Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission hat bereits 2007 den Bundesländern empfohlen: "...Aufgaben und Finanzierung der öffentlichen Bibliotheken in Bibliotheksgesetzen zu regeln". [...] Öffentliche Bibliotheken sollen keine freiwillige Aufgabe sein, sondern Pflichtaufgaben werden."

Mehrere Bundesländer sind in den letzten Jahren der Empfehlung gefolgt und haben Bibliotheksgesetze erlassen, so z.B. Thüringen (2.7.2008), Sachsen-Anhalt (17.6.2010), Hessen (9.9.2010), Rheinland-Pfalz (19.11.2014) und Schleswig-Holstein (30.8.2016). Nordrhein-Westfalen hat ein Kulturförderungsgesetz (24.12.2014), das die gesetzliche Förderung der Bibliotheken beinhaltet.

Im Koalitionsvertrag der Berliner Landesregierung von 2023 wurde als Ziel ein Bibliotheksgesetz für Berlin benannt. Zitat: „Als beliebteste Kultureinrichtungen Berlins wollen wir die Bibliotheken mithilfe eines Bibliotheksgesetzes als Orte des Wissens, der Wissensvermittlung sowie als Orte der kulturellen, sozialen und digitalen Teilhabe und als „Dritte Orte“ weiterentwickeln.“

Für Berlin liegt aktuell ein Referentenentwurf der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt vor, aber bis heute haben Senat und Abgeordnetenhaus von Berlin kein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren beschlossen.

Fragen:

- a) Wird Ihre Partei einen Antrag zur Schaffung eines Berliner Bibliotheksgesetzes einbringen?
- b) Wenn ja: Wie zeitlich prioritär werden Sie das tun?
- c) Stimmen Sie den Forderungen der Enquete-Kommission zu und wollen Sie die durch die Öffentlichen Bibliotheken erbrachten Basisleistungen zur Pflichtaufgabe erklären?
- d) Welche konkreten Leistungen und Standards sollte aus Ihrer Sicht ein solches Bibliotheksgesetz, auch in Abstimmung mit dem Bibliotheksentwicklungsplan von Berlin, beinhalten?

Entwicklung der Berliner Öffentlichen Bibliotheken

Im Jahr 2021 beschloss das Berliner Abgeordnetenhaus ein im Rahmen eines partizipativen Verfahrens und unter Einbeziehung der Bezirke erstelltes Bibliotheksentwicklungskonzept 2021 – 2025.

Fragen:

- a) Wie bewerten Sie die Umsetzung dieses Konzeptes?
- b) Befürwortet Ihre Partei eine Fortschreibung dieses Konzeptes?
- c) Welche Rolle sprechen Sie Zielvereinbarungen zwischen Land und Bezirken zur Umsetzung zu?
- d) Steht Ihre Partei hinter diesem Konzept und wollen Sie, dass das noch nicht Erreichte verwirklicht wird?

Ein gemeinsames Haus für die Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB)

Berlin braucht endlich eine ausreichend große und zeitgemäß ausgestattete Zentralbibliothek für die gesamte Bevölkerung. Außerdem muss die ZLB auch ihren landesbibliothekarischen Aufgaben angemessen gerecht werden können, was insbesondere die konservatorisch korrekte Magazinierung der bei ihr verwahrten Kulturgüter des Landes Berlin betrifft. Um zeitgemäße Bibliotheksarbeit für Berlin zu garantieren, muss für die Bibliothek ein neues Gebäude gefunden werden. Die Berliner Stadtbibliothek und die Amerika-Gedenkbibliothek sind seit Jahren übernutzt, bieten viel zu wenig Publikumsfläche, die Gebäude sind überaus marode und ständig Havarien ausgesetzt.

Fragen:

- a) Wie bewerten Sie die Arbeit der ZLB Berlin?
- b) Welche Gründe sehen Sie für eine Zusammenführung der beiden Standorte der ZLB?
- c) Setzen Sie sich dafür ein, dass dieses Ziel endlich verwirklicht wird und wie prioritär wollen Sie es verwirklichen?
- d) Wie stehen Sie zur Verwirklichung dieses Ziels am Ort der Galeria am Alexanderplatz?

Sonntagsöffnung auch für Bibliotheken möglich machen

Alle Kulturstätten dürfen am Sonntag mit vollem Service öffnen. Öffentlichen Bibliotheken wird dies verwehrt. Öffentliche Bibliotheken in NRW dürfen sonntags mit Personal öffnen. Das Bundesverwaltungsgericht hat im Dezember 2024 die Klage von ver.di abgewiesen und damit die Sonntagsöffnung endgültig für rechtens erklärt. Auch Kulturstatsminister Wolfram Weimer setzt sich für eine bundesweite Öffnung öffentlicher Bibliotheken an Sonn- und Feiertagen ein.

Frage:

Ist Ihre Partei dafür, die Sonntagsöffnung für Berliner öffentliche Bibliotheken mit vollem Service zu ermöglichen und warum?

Schulbibliotheken

Fragen:

- a) Wie wollen Sie in der kommenden Legislatur sicherstellen, dass Schulbibliotheken in Berlin dauerhaft mit ausreichenden Mitteln für Medien, Räume und digitale Infrastruktur ausgestattet werden und perspektivisch über qualifiziertes Personal verfügen – insbesondere an Schulen in sozial herausgeforderten Lagen?
- b) Welche konkreten Schritte planen Sie, um die Zusammenarbeit von Schulbibliotheken und Öffentlichen Bibliotheken zu stärken und Schulbibliotheken verbindlich in Bildungs- und Bibliotheksentwicklungsplanung sowie Gremien einzubeziehen?

Themenfeld „Open Research“

Alle Mitglieder der vom Land Berlin getragenen Wissenschafts- und Kulturerbe-Einrichtungen sollen die Möglichkeit haben, Open Research zu praktizieren. Sie sollen der Gesellschaft eigene Forschung aktiv offen zugänglich machen und zugleich selbst in ihrer wissenschaftlichen Arbeit von den Vorteilen offener Forschung profitieren. Dazu zählt insbesondere der Zugang zu offenen Daten, Publikationen und Ressourcen (z.B. digitalen Archiven). Die kollaborative Wissensproduktion zwischen Wissenschaft, Kultur und weiteren Wissenssystemen in einem offenen, werteorientierten Rahmen gilt es dabei zu unterstützen. Das Berliner Hochschulgesetz verpflichtet die Einrichtungen des Landes zur Förderung dieser Praktiken offener Wissenschaft (§ 41 Abs. 2 BerlHG).

Fragen:

- a) Die AG Landesinitiative Open Research Berlin, mit Vertretern der Wissenschafts- und Kulturerbe-Einrichtungen, bereitet eine Open-Research-Strategie vor, die in den politischen Diskussionsprozess eingebracht werden soll. Werden Sie die Verabschiedung und die anschließende Umsetzung der Open-Research-Strategie aktiv unterstützen?
- b) Welche strukturellen, regulatorischen oder finanziellen Maßnahmen zur Förderung von Informationsinfrastrukturen beabsichtigen Sie zu treffen?
- c) Werden Sie den Wissenschafts- und Kulturerbe-Einrichtungen Mittel zur Bewältigung der Open-Access-Transformation in Form einer echten Zusatzfinanzierung bereitstellen?